



INDUSTRIELLEN
VEREINIGUNG

ÖSTERREICH KANN MEHR!

- wir haben das Potenzial zum Weltmarktführer!



www.iv.at



VORWORT

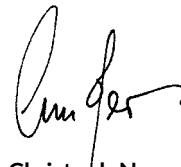
Vorwort

Österreich kann mehr, wenn es nur will. Seine Menschen bringen Spitzenleistungen in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Sport. Es beherbergt in Relation zu seiner Bevölkerung weltweit die meisten Weltmarktführer, aktuell mehr als 160 Unternehmen in unterschiedlichsten Nischenbereichen, so genannte „Hidden Champions“. Unser Land liegt als kleine, offene Volkswirtschaft im Herzen des größten Binnenmarktes der Welt und hat die idealen Voraussetzungen, um auch als Standort ein „(Hidden) Champion“ zu werden: [Wir wollen uns an den Besten messen.](#)

[Dazu müssen wir die großen Dinge in Angriff nehmen:](#) Wir müssen mit mehr Neugierde und weniger Angst agieren – sowohl bei (Frei-) Handel als auch bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Wir brauchen mehr Chancenorientierung und weniger Regulierungslast, angefangen bei der Bildung bis hin zur Arbeitswelt. Die nächste Nobelpreisträgerin bzw. der nächste Nobelpreisträger soll aus Österreich kommen. Im Steuersystem und bei der Verwaltung brauchen wir weniger Belastung und Zwang, dafür sind Rahmenbedingungen notwendig, die mehr Kaufkraft für Menschen und mehr Freiheit für Unternehmen ermöglichen. Wir wollen keinen großen, sondern einen starken Staat.



Mag. Georg Kapsch
Präsident der Industriellenvereinigung



Mag. Christoph Neumayer
Generalsekretär der Industriellenvereinigung

TOP-5-FORDERUNGEN DER INDUSTRIE

TOP-5-Forderungen der Industrie

- 1. WELTOFFEN. AGIEREN:** Qualifizierte Migration und fairen Freihandel als Motor für Wirtschaftswachstum begreifen und die Weiterentwicklung der Europäischen Union aktiv gestalten – zu einer „fokussierteren EU“ mit mehr Europa, wo notwendig und eine „intelligente Beschränkung“ mit weniger Bürokratie und Überregulierung.
- 2. ARBEIT. MODERNISIEREN:** Lohnnebenkosten zumindest auf deutsches Niveau senken und das restriktive Arbeitsrecht durch mehr Freiheit für gemeinsame, sachorientierte Lösungen auf Betriebsebene entbürokratisieren.
- 3. ABGABEN & VERWALTUNG. REDUZIEREN:** Staatliche Aufgaben müssen sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen orientieren, statt an Ideologie und Partikularinteressen. Dementsprechend müssen die hoheitlichen Strukturen und Ausgaben definiert werden, mit dem Ziel die Steuer- und Abgabenlast auf unter 40 Prozent des BIP zu senken, u.a. durch eine Halbierung der Steuern auf nicht entnommene Gewinne.
- 4. INFRASTRUKTUR & ENERGIESYSTEM. OPTIMIEREN:** Wir brauchen einen innovationsorientierten und kosteneffizienten Umbau des Energiesystems, beschleunigte Genehmigungsverfahren sowie Planungssicherheit für Standortprojekte.
- 5. IN INNOVATION & BILDUNG. INVESTIEREN:** Mehr Spitze und mehr Breite in der Bildungsqualität von der Elementarbildung bis zu den Hochschulen. FTI-Strategie weiterentwickeln und Forschungsfinanzierung nachhaltig ausbauen.

1. WELTOFFEN.AGIEREN

1. Weltoffen.Agieren

Mehr Neugierde, weniger Angst

Österreich ist unser Zuhause, Europa unsere Heimat und die Welt unser Markt. Als kleine und exportorientierte Volkswirtschaft müssen wir uns in der Welt offen und liberal positionieren. Wir wollen die EU aktiv gestalten, damit wir in Österreich weiterhin vom Zusammenwachsen der Welt profitieren.

ÖSTERREICH PROFITIERT VON DER EU: SEIT 1995...

...belaufen sich die gesamtwirtschaftlichen Effekte der EU-Mitgliedschaft Österreichs auf eine kumulierte Wertschöpfung von 56,9 Mrd. Euro.

...wurden die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich um das 8-Fache gesteigert.

...konnten die Exporte in den EU-Binnenmarkt um 250 % gesteigert werden.

...sind durch Österreichs EU-Mitgliedschaft rund 375.000 Arbeitsplätze entstanden.

56,9 MRD. EURO

250 %

8-FACHE GESTEIGERT

375.000



FREIHANDEL ALS MOTOR FÜR WIRTSCHAFTSWACHSTUM

- Märkte durch neue Freihandelsabkommen öffnen. Die Beseitigung von Handelshemmnissen steigert heimische Exporte, senkt Preise und erhöht Produktvielfalt. So sichern 188 Mrd. Euro an Waren- und Dienstleistungsexporten (2015) 1,7 Mio. Arbeitsplätze in Österreich. Eine Exportquote in Höhe von 53 Prozent finanziert maßgeblich unser Sozialsystem und sorgt in Folge für hohe heimische Standards.
- Fairen Handel durchsetzen. Verbindliche Spielregeln sowie Standards festlegen und Verstöße sanktionieren.
- Handelspolitik faktenbasiert kommunizieren: Polemik, die unbegründet Ängste schürt, schadet dem Exportland Österreich und damit dem heimischen Wohlstand!



DIE EUROPÄISCHE UNION AKTIV MITGESTALTEN

- Ein klares Pro-EU-Bekenntnis mit einem aktiven und konstruktiven Europa-Engagement verbinden. Die Ratspräsidentschaft Österreichs muss zur Weiterentwicklung der EU genutzt werden.
- Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer „fokussierteren EU“ und „intelligenter Beschränkung“: Mehr Europa, wo notwendig, dafür weniger Bürokratie und Überregulierung.



MIGRATION: KLARE REGELN FÜR ERFOLGREICHE INTEGRATION

- Österreich positioniert sich als Zuwanderungsland für qualifizierte Menschen und setzt Maßstäbe in erfolgreicher Integration.
- Sprache, Bildung und Qualifikation, Vermittlung von Werten und Rechtsverständnis, Integration durch Eigenverantwortung, Zugang zum Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Beteiligung sind dabei zentrale Faktoren.



LEITBETRIEBE – UNSERE INNOVATIONSMOTOREN

- Leitbetriebe in Österreich sind Türöffner für die Weltmärkte – sie müssen gestärkt werden, durch die Einrichtung eines „Standortboards“ zur Lenkung der Standortpolitik und der Umsetzung eines „Standortpakts“, um Wertschöpfungsketten und damit Arbeitsplätze im Land zu festigen.
- Unternehmertum stärken: Eigenverantwortung und Unternehmergeist auf allen Ebenen des Aus- und Weiterbildungssystems stärken und die Rolle der Unternehmen für Wohlstand in Österreich herausstreichen. Bewusstsein für wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Innovation als Erfolgsfaktor für Österreich schaffen.

2.ARB.EIT.MODERNISIEREN

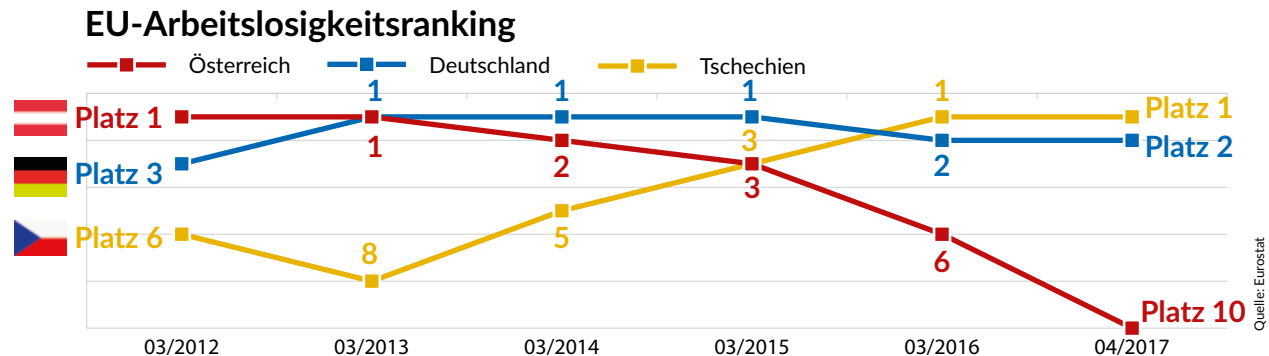
2. Arbeit.Modernisieren

Mehr Chancenorientierung, weniger Regulierungslast

Wir wollen mit der [geringsten Arbeitslosenquote in der EU](#) wieder zurück an die Spitze. Statt ideologischen Schreckgespenstern sind [sachorientierte Lösungen](#) für ein faires Miteinander im Betrieb notwendig. Die Löhne und Gehälter müssen wieder bei den Menschen ankommen und dürfen nicht im System versickern.

Zur Attraktivierung des Industrie- und Arbeitsstandortes Österreich braucht es eine konsequente Arbeitsmarktpolitik, die [positive Beschäftigungsanreize](#) schafft, [betriebsnahe Qualifizierung](#) fördert sowie [überregionale Mobilität](#) erhöht.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Österreich entsprechen häufig nicht den Notwendigkeiten einer modernen Arbeitswelt. Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen [gemeinsam vielfach viel flexibler agieren](#).





EINE MODERNE ARBEITSMARKTPOLITIK MIT POSITIVEN BESCHÄFTIGUNGSANREIZEN

- **Lohnnebenkosten mindestens auf deutsches Niveau senken.** Die Lohnnebenkosten lagen im Jahr 2016 in Österreich laut Eurostat beinahe vier Prozentpunkte höher als in Deutschland. Unter Ausschöpfung aller Potenziale unter den Gesichtspunkten der Effizienz und Kostenwahrheit müssen die Lohnnebenkosten gesenkt werden – es gilt Beitragssenkung vor Leistungsausweitung! Senkungspotenziale bestehen etwa bei Insolvenz-Entgeltfonds, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.
- **Arbeitszeitgesetz modernisieren.** Österreich hat im europäischen Vergleich ein nicht mehr zeitgemäßes und zu restriktives Arbeitszeitrecht. Es braucht mehr Freiheit für gemeinsame, sachorientierte Lösungen auf Betriebsebene. Schweden, Norwegen oder Dänemark zeigen es vor, z.B. mit mehr Spielraum bei der Tagesarbeitszeit.
- **Regulierungslasten und Bürokratie im Arbeitsrecht abbauen.** Aufzeichnungs-, Melde-, Übermittlungs- und sonstige Bürokratiepflichten für Betriebe im Arbeitnehmerschutzrecht müssen spürbar verringert werden. Das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz muss auf echte Fälle von Lohndumping fokussieren, überzogene Kündigungsschutzbestimmungen entfallen.
- **Beschäftigungsanreize im Sozialsystem stärken.** Beschäftigungshemmnisse und Inaktivitätsfallen sollen beseitigt werden. Zumutbarkeitsbestimmungen in der Arbeitslosenversicherung müssen weiterentwickelt werden. Notstandshilfe und Bedarfsorientierte Mindestsicherung müssen harmonisiert werden.

- **Arbeitsmarktpolitik effizient gestalten** durch eine klare Steuerung nach Zielen und effizienten Mitteleinsatz nach Kundengruppen. Passgenaue, überregionale Vermittlung verstärken und Unternehmensservice verbessern.
- **Fachkräftebedarf sichern.** Praxisgerechte Mangelberufsliste unter Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Arbeitsmarktgegebenheiten erstellen.



3. ABGABEN UND VERWALTUNG. REDUZIEREN

3. Abgaben und Verwaltung.Reduzieren

Mehr Kaufkraft, weniger Zwang

Wir wollen die Steuerbelastung unter 40 Prozent des BIP senken, um den Menschen und den Unternehmen wieder mehr Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Wir wollen einen starken und keinen großen Staat. Das Steuergeld muss bei den Menschen ankommen und nicht in der Verwaltung hängenbleiben. Der Kapitalmarkt muss belebt, Risikobereitschaft darf nicht bestraft werden.

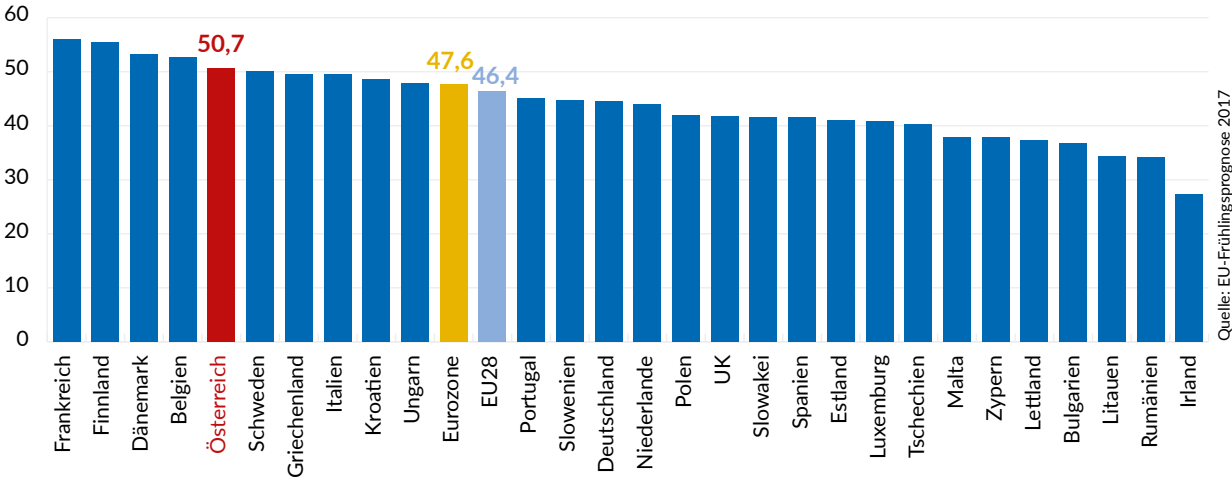


EINE MODERNE STEUERPOLITIK

- Österreich benötigt ein vereinfachtes, wettbewerbsfähiges Steuersystem, antiquierte Gebühren und Abgaben müssen abgeschafft werden.
- Die Körperschaftsteuer auf nicht entnommene Gewinne soll auf 12,5 Prozent abgesenkt werden. Österreich liegt mit 25 Prozent KÖSt bereits im oberen Drittel in der EU. Entsprechend ist auch bei selbstständigen Einkunftsarten eine Halbierung der Einkommensteuer auf nicht entnommene Gewinne vorgesehen.
- Die gezielte Verbesserung der steuerlichen Forschungsförderungen muss weiter vorangetrieben und Anreize für Innovationen geschaffen werden (z.B. Abbau der Limitierung im Bereich der Auftragsforschung).
- Um die Steuer- und Abgabenlast der Unternehmen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu senken, sollten auch die Pflichtmitgliedschaftsbeiträge der Kammern reduziert werden.
- Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und eines höheren Wirtschaftswachstums sollten fiktive Eigenkapitalzinsen steuerlich abzugsfähig sein.
- Grundsätzlich abgelehnt werden neue oder noch höhere Steuern aufgrund der bereits jetzt erdrückenden Steuer- und Abgabenlast im aktuellen System.

Staatsausgabenquoten in der EU 2017

in % des BIP



EIN EFFIZIENTER STAAT MIT EINEM NACHHALTIGEN

HAUSHALT UND SICHEREN PENSIONEN

- Österreich hat die sechsthöchste Abgabenquote der Welt. Zudem ist das heimische Steuersystem über die Jahre widersprüchlich, komplex und für heimische Unternehmen kaum mehr administrierbar geworden.
- Unser Staat braucht mehr Handlungsspielraum für seine Kernaufgaben. Aufgaben und Ausgaben müssen sich nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen richten – statt nach ideologischen Wünschen, Partikularinteressen und dem Streben nach Machterhalt.

- Zukunftsfähige Strukturen sind auch im Hinblick auf den Finanzausgleich dringend notwendig, denn es braucht eine [klare Kompetenzverteilung der staatlichen Zuständigkeiten](#).
- [Strukturelle Reformschritte im Pensionssystem](#) sind dringend notwendig, wie die Implementierung eines Nachhaltigkeitsmechanismus und weitere gesetzliche Einschränkung von Frühpensionen.



SOZIALVERSICHERUNGEN & SELBSTVERWALTUNG MODERNISIEREN

- Die Sozialbeiträge wachsen seit Jahren stark, es ist genügend Geld im System vorhanden – [Organisationsstrukturen und Mittelverwendung](#) müssen jedoch [effektiver und effizienter](#) werden.
- [Wettbewerbselemente stärken](#) – Leistungswettbewerb für innovative Versorgungslösungen: Es braucht mehr Vergleichbarkeit der Performance, ein transparentes Benchmarking und eine Reduktion der Krankenversicherungsträger.



DEN KAPITALMARKT WIEDER BELEBEN

- Das [Aktienrecht](#) muss – entsprechend europäischer Best Practice-Modelle – für nicht börsennotierte Gesellschaften [flexibilisiert werden](#).
- Die [Finanzmarktaufsicht muss reformiert](#) und das Kapitalmarktrecht entstaubt, die KEST wieder gesenkt werden.
- Das [Verwaltungsstrafverfahren muss modernisiert](#) werden. Die [Abschaffung des Kumulationsprinzips](#) ist dabei der erste Schritt.

4. INFRASTRUKTUR UND ENERGIESYSTEM. OPTIMIEREN

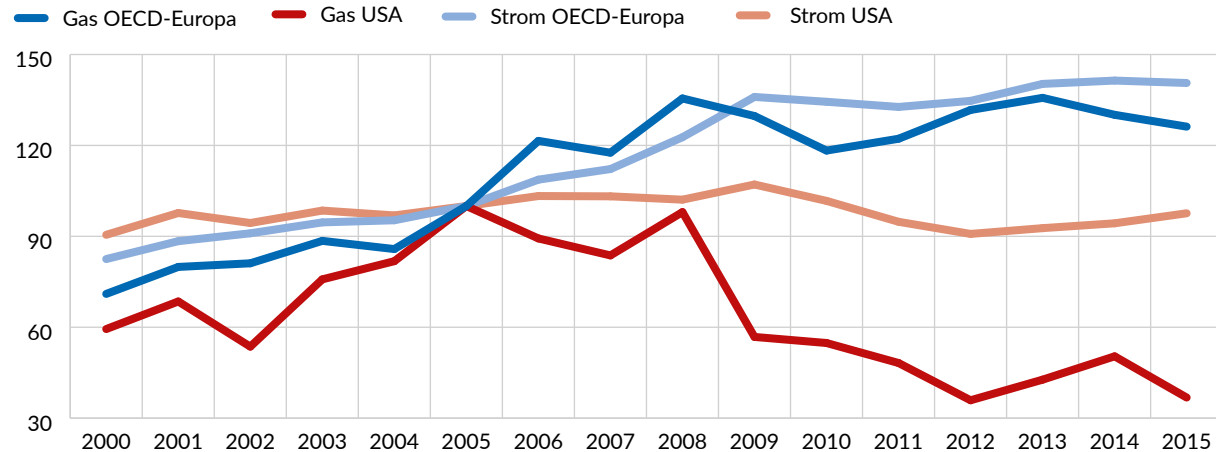
4. Infrastruktur & Energiesystem. Optimieren

Mehr Tempo, weniger Bürokratie

Nicht Ideologie, sondern Technologie löst Probleme. Wir wollen, dass der Staat seine Kernaufgaben effizient wahrnimmt. Die Unternehmen sollen die besten Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung in Österreich vorfinden.

Entwicklung der Realen Energiepreise

Index 2005=100



Quelle: IEA



ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK MIT INNOVATION STATT SUBVENTION

- Wir brauchen einen innovationsorientierten und kosteneffizienten Umbau des Energiesystems, der Energiedienstleistungen in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhält. Die Forcierung von Innovation, Entwicklung und Marktintegration ist als zentrales Gestaltungselement einer Energie- und Klimastrategie zu verankern.
- Umsetzung einer umfassenden Ökostromnovelle im Sinne eines marktkonformen und wettbewerbsorientierten Systems auf Basis bestehender europäischer Energie- und Umweltbeihilferichtlinien.
- Energiepolitische Zielsetzungen haben sich in Quantität und Qualität an bestehenden europäischen Vorgaben zu orientieren. Eine Erhöhung des Energieforschungsbudgets auf zumindest 200 Millionen Euro bis 2020 (400 Millionen Euro bis 2030) ist notwendig, um unabdingbare Break Through-Technologien rechtzeitig zur Marktreife zu führen.



PLANUNGSSICHERHEIT FÜR STANDORTPROJEKTE - GENEHMIGUNGSVERFAHREN BESCHLEUNIGEN

- Das ablehnende Urteil zur dritten Piste am Flughafen Wien ist ein abschreckendes Beispiel für ausufernde und unkalkulierbare Genehmigungsverfahren. Wachstum, Beschäftigung und ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort sollen als Staatsziele in einem Bundesverfassungsgesetz verankert werden.

- Vorrangiges öffentliches Interesse an wesentlichen Industrie- und Infrastrukturprojekten gesetzlich festlegen. Anpassung der Materiengesetze inkl. UVP. Verstärkte und verbindliche Bundesraumordnung: Der Bund braucht eine Rahmenkompetenz, um grundsätzliche Bestimmungen über Planungsmaßnahmen der überörtlichen und kommunalen Raumplanung zu regeln und damit Mindestanforderungen vorzugeben.
- Verwaltungsgerichtsbarkeit neu evaluieren: Politische Entscheidungen sollten bei der politisch verantwortlichen behördlichen Instanz liegen.



DIGITALISIERUNG AKTIV GESTALTEN

- Digitalisierung als Chance begreifen: Durch den Auf- und Ausbau digitaler Kompetenzen und einer leistungsstarken Infrastruktur. Konsequente Umsetzung der Digitalen Offensive sowie F&E und Innovation bei Technologieanbietern und -anwendern fördern.
- Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden, künftige Frequenzvergaben müssen effizient gestaltet werden (in Bezug auf das Auktionsdesign auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten).
- Digitale Fähigkeiten müssen auf allen Ebenen im Bildungsbereich ausgebaut und vertieft werden.

5. IN INNOVATION UND BILDUNG. INVESTIEREN

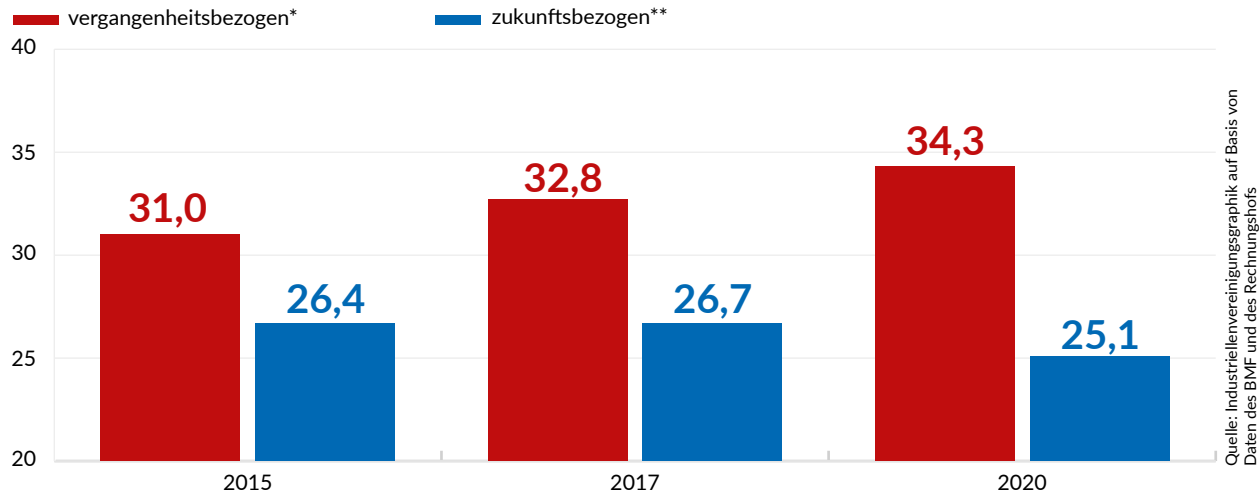
5. In Innovation & Bildung. Investieren

Mehr Tatkraft, weniger Skepsis

Wir wollen die Wissbegierde unserer Kinder fördern. Wir wollen wieder Nobelpreisträgerinnen und -träger hervorbringen. Wir wollen, dass Fortschritt und Innovation Spaß machen.

Vergangenheits- und zukunftsbezogene Ausgaben des Bundeshaushalts im Vergleich

Anteile in Prozent



* Zinsaufwand des Bundes, Pensionszuschüsse, öffentliche Pensionen

** Bildung, Forschung, Familienpolitik



ELEMENTARBILDUNG ALS BILDUNGSFUNDAMENT

- **Mehr Qualität** in der Elementarbildung durch bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen. Tertiärisierung der Ausbildung für gruppenführende und leitende Funktionen. Zwei verpflichtende Kindergartenjahre für alle Kinder.



SCHULE NEU VON 6 BIS 14

- **Verlässliche Grundbildung:** Bildungspflicht von 4 bis 14 Jahren in einer nach innen differenzierten gemeinsamen Schule mit Grundbildungsnachweis als Abschluss. Mehr Spitze und mehr Breite in der Bildungsqualität: Talentförderung, Leistungsorientierung, innere Differenzierung und Überwindung von Brüchen.
- **Moderner Unterricht:** zeitgemäße Inhalte wie Wirtschaftsbildung und Digitalisierung fächerübergreifend mit Allgemeinbildung kombinieren. Freiraum für die Schulen: echte personelle und finanzielle Autonomie.



BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN

- **Neukonzeption der dualen Berufsausbildung:** zukunftsorientierte Berufsbildung, Übernahmen der Stärken der Polytechnischen Schulen in die Berufsschulen, Weiterentwicklung der BHS



HOCHSCHULEN WEITERENTWICKELN

- **Gesamtstrategie für den Hochschulraum** weiterentwickeln. Kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung, österreichweit ressourcenbasiertes Zugangsmanagement, Studienbeiträge und innovatives Stipendienmodell. **Ausbau der Fachhochschulen**, vor allem in **MINT-Fächern**.



FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND INNOVATION SIND ZUKUNFT

- **FTI-Strategie weiterentwickeln und verbindlich finanzieren.** Forschungsfinanzierung nachhaltig ausbauen und Forschungsfördermittel entlang der gesamten Innovationskette investieren, Forschungsprämie weiter attraktivieren. Effizienz des Fördergesamtsystems steigern – Administrationsaufwand reduzieren.
- **Internationale Chancen nutzen und gestalten:** 9. EU-Forschungsrahmenprogramm zum Innovationsboost für Europäische Wertschöpfungsketten machen; „Horizon 2020“ weiterhin für Österreichs F&E und Innovation nützen. EFRE-Mittel effizient für Forschung und Innovation einsetzen.
- **Innovative Netzwerke stärken und zur internationalen Exzellenz führen** Wissenstransfer von der Forschung zum Markt beschleunigen, regionale Stärkefelder ausbauen und international sichtbar machen.
- **Innovationsnachwuchs sichern** Jugend für MINT und Entrepreneurship begeistern, Interdisziplinarität und Problemlösungskompetenz in allen Ausbildungen verankern, HTL und (duale) technische Hochschulbildung stärken.



NOTIZEN

Notizen

IMPRESSUM: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: +43 1 711 35 - 0, Fax: +43 1 71135 - 2910, newsroom@iv.at, www.iv.at; ZVR.: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06; Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen. Fotos: istock. Für den Inhalt verantwortlich: Industriellenvereinigung; Wien, Juni 2017

www.iv.at



iv

